



Nr. 40

27. Oktober 2016

Inhalt

[Start der dbb Branchentage in Rostock: „Beschäftigte der Länder erwarten ein kräftiges Plus beim Einkommen“](#)+++
[Spitzengespräch: Öffentlicher Dienst im Fokus](#)+++
[Abschlussbericht „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ - Bürgerdialog: Worten müssen Taten folgen](#)+++
[60 Jahre dbb jugend: Gewerkschaftsnachwuchs ist unverzichtbar](#)+++
[dbb jugend: Bundesjugendausschuss und Parlamentarischer Abend](#)+++
[Lohngerechtigkeit: Strukturelle Benachteiligung von Frauen endlich anpacken](#)+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Baden-Württemberg: Altersteilzeit für Schwerbehinderte verlängert](#)+++
[dbb Hessen: Lebensarbeitszeitkonto erhalten und flexibilisieren](#)+++
[dbb mecklenburg-vorpommern kritisiert Koalitionsvertrag](#)+++
[DSTG: Dem Staat entgehen Milliarden Euro an Einnahmen](#)+++
[„Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ des Bundes: VDStr. fordert Aufklärung](#)+++
[GDL: Belastung senken, Zugpersonal stärken – Nachwuchskräfte-Tarifvertrag ist Abschlussvoraussetzung](#)+++
[„Horror-Clowns“: DPoIG fordert harte Strafen](#)+++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb



Start der dbb Branchentage in Rostock: „Beschäftigte der Länder erwarten ein kräftiges Plus beim Einkommen“

(dbb) Am 27. Oktober 2016 ist der Startschuss für die dbb Branchentage gefallen. Um ihre Erfahrungen und Erwartungen in die anstehenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einzubringen, versammelten sich Straßenwärter aus ganz Mecklenburg-Vorpommern in Rostock. „Eines ist klar: Die Beschäftigten der Länder erwarten ein kräftiges Plus beim Einkommen“, sagte Willi Russ, der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, bei der Eröffnung der bundesweiten Veranstaltungsreihe.

„Der Job bei den Straßen- und Autobahnmeistereien birgt viele Gefahren. Immer wieder verunglücken Kolleginnen und Kollegen beim Einsatz für die sichere Fahrt von Bürgerinnen und Bürgern“, so Russ, der für den dbb die Tarifverhandlungen mit der TdL führen wird. „Deshalb formulieren die Beschäftigten ihre Forderung nach Teilhabe an der guten Wirtschaftslage sehr selbstbewusst. Nicht nur, weil ihre Leistung das rechtfertigt. Sondern auch, um den Berufszweig für den Nachwuchs attraktiver zu machen, damit Arbeitsverdichtung und Überalterung die Situation nicht noch weiter verschlimmern.“ Die endgültige Forderung an die Arbeitgeber würden die dbb-Gremien zwar erst im Dezember beschließen, aber es sei bereits deutlich geworden, dass die Länder „deutlich in das Personal investieren“ müssten. Siegfried Damm, Bundesvorsitzender der VDStr.- Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, machte deutlich, dass auch jenseits der Tarifverhandlungen viel politischer Handlungsbedarf bestehe: „Bisher werden die Autobahnen im Auftrag des Bundes

von den Ländern verwaltet. Im Zuge der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs hat sich der Bund jedoch mehr Kompetenzen gesichert, dem Vernehmen nach soll eine privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft entstehen. Hier sagen wir ganz klar: An den Beschäftigten vorbei darf es keine Umstrukturierung geben – von irgendwelchen Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen ganz zu schweigen.“

Hintergrund:

Anfang 2017 beginnen die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Davon werden insgesamt fast drei Millionen Beschäftigte betroffen sein: Rund 800.000 Arbeitnehmer der Länder (ohne Hessen), für die der TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie etwa 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. (01/40/16)

Spitzengespräch: Öffentlicher Dienst im Fokus

(dbb) Zu einem Gespräch mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière sind am 19. Oktober 2016 die Spitzen von dbb und DGB zusammengekommen. Zum Themenkatalog der Unterredung im Bundesinnenministerium in Berlin zählten vor allem Fragen der Arbeitszeit im Bund, daneben aber auch die künftige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme Beamtenversorgung und Beihilfe unter den Vorzeichen des Wahljahres 2017.

Auch über mit der IT verbundenen Entwicklungen im öffentlichen Dienst tauschten sich die Gesprächspartner aus. Alle Beteiligten waren sich zudem einig, dass gegen zunehmende

Tendenzen von Gewalt, Verrohung und Respektlosigkeit – vor allem gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst – konsequent vorgegangen werden müsse. (02/40/16)



Abschlussbericht „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ - Bürgerdialog: Worten müssen Taten folgen

Der dbb hat die Vorlage des Abschlussberichts der Bundesregierung zum Bürgerdialog begrüßt und fordert nun konkrete Taten, die den Worten folgen müssten. Unter der Überschrift „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“, hatten Zehntausende Deutsche seit April 2015 in diversen Foren, Veranstaltungen, per Post, Mail und online über die Probleme, Herausforderungen und Zukunft des Lebens in der Bundesrepublik diskutiert. Selbst die Mitglieder des Bundeskabinetts hatten immer wieder das Gespräch mit den Bürgern gesucht. Auch dbb, dbb jugend und dbb bundesfrauenvertretung beteiligten sich mit drei Veranstaltungen mit über 100 Teilnehmern aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes an dem Dialogprozess.

„Nun liegt mit 333 Seiten Abschlussbericht ein substanzielles Stimmungsbild der Bevölkerung vor, aus dem sich ganz konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik ableiten“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich der Verabschiedung des Berichts durch das Bundeskabinett am 26. Oktober 2016 in Berlin. „Worten müssen Taten folgen“, forderte der dbb Chef. „Zentrale Schlüsselthemen für die Deutschen sind Sicherheit und Frieden, vor allem im eigenen Land, und es ist ein großartiges Ergebnis, dass sich die deutliche Mehrheit der Bevölkerung sicher fühlt, dass über 80 Prozent überhaupt nicht oder nur leicht beunruhigt sind, wenn es um die Gefahr geht, Opfer von Raub, Einbruch, Körperverletzung oder sexueller Belästigung zu werden“, so Dauderstädt. „Diese Erkenntnisse sind nichts anderes als der Beleg, dass ein funktionierender öffentlicher Dienst, insbesondere im Bereich der Sicherheit, aber auch im Erziehungs-, Bildungs- und Sozialsystem sowie in der Justiz und Verwaltung, ein Garant für dieses ‚Gut leben in Deutschland‘ ist“, betonte der dbb Chef. Daher habe die Politik den ganz konkreten Auftrag, auch weiterhin für die Funktions- und Leistungsfähigkeit dieses wichtigen Standortfaktors zu sorgen, machte Dauderstädt deutlich.

Die dbb jugend sieht sich durch die Ergebnisse des Bürgerdialogs in ihrer Forderung gestärkt, dass die Politik besonderes Augenmerk auf das Ausbildungs- und Berufsleben der jungen Menschen in Deutschland legen muss.

„Schlechte Übernahmechancen nach absolvierter Ausbildung und häufig nur befristete Arbeitsverhältnisse bestimmen oft das Berufsleben der jungen Deutschen. Um gut leben zu können, müssen die Ausbildungsbedingungen generell besser werden, und insbesondere der öffentliche Dienst als Arbeitgeber braucht eine deutliche Attraktivitätssteigerung“, sagte dbb

jugend-Vorsitzende Sandra Kothe. „Dazu gehört auch, endlich die unbefristete garantierte Übernahme in den Tarifverträgen für Bund, Länder und Kommunen festzuschreiben, sowie die sachgrundlose Befristung und die Befristung aus Haushaltsmitteln im Teilzeitbefristungsgesetz zu streichen.“ Der Bürgerdialog sei sicher eine gute Möglichkeit, die Menschen zu beteiligen, räumte Kothe ein, „jedoch erschöpft sich echte Partizipation damit nicht. In der Folge müssen die angesprochenen Veränderungswünsche auch diskutiert und umgesetzt werden.“

Aus Sicht der dbb bundesfrauenvertretung gehört zum guten Leben in Deutschland eine bessere Work-Life-Balance. „Neben einer familienfreundlichen Gestaltung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen benötigen wir eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt, die Frauen und Männern die gleichen Entwicklungschancen bietet. Das setzt eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung und Unterstützung bei der Pflege von Angehörigen voraus“, stellte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer heraus. Genauso wichtig seien Arbeitsbedingungen, bei denen Teilzeitarbeit nicht zum Karrierekiller werde. „Im öffentlichen Dienst brauchen wir eine geschlechtergerechte Beurteilungspraxis, die Teilzeitbeschäftigte gerecht und entsprechend ihrer Leistung beurteilt und nicht nach dem Motto: Halbe Arbeitszeit gleich halbe Leistung.“ Außerdem müsse es ganz normal werden, dass auch Führung in Teilzeit möglich sei. „Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, verbessert sich automatisch auch die Lebensqualität. Hier muss der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen“, forderte Wildfeuer.

Das Online-Portal der Bundesregierung zum Bericht ist unter www.gut-leben-in-deutschland.de erreichbar.

(03/40/16)



60 Jahre dbb jugend: Gewerkschaftsnachwuchs ist unverzichtbar

(dbb) „Die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen des dbb und die dbb jugend als ihre gemeinsame Dachorganisation sind unverzichtbar.“ Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand für Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra hat anlässlich des Festakts zum 60-jährigen Bestehen der dbb jugend am 21. Oktober 2016 in Berlin das Engagement und die Verdienste des Gewerkschaftsnachwuchses gewürdigt.

„Als Botschafter auf Augenhöhe vermitteln sie jungen Menschen, Praktikanten, Schülern, Auszubildenden und Studierenden, dass gewerkschaftliches Engagement im öffentlichen Dienst und seinen privatisierten Bereichen heutzutage wichtiger denn je und viel mehr als trockene Ideologie ist“, betonte der dbb Vize. „Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein, halten viele Berufseinsteiger für überflüssig. Die Arbeitsbedingungen sind durch Tarifverträge und Beamtengesetze geregelt, und die Erhöhung der Vergütung geschieht ja auch ganz automatisch – oder? Dass dies nicht so ist, wird vielen erst dann klar, wenn es von Arbeitgeberseite heißt: ‚Die Kassen sind leer, in diesem Jahr gibt es keinen Cent mehr, wir bauen Arbeitsplätze ab, und zwar zuerst die befristeten Stellen der jungen Kolleginnen und Kollegen‘“, machte Benra deutlich. „Hier sind wir alle nur zusammen stark und können auch nur zusammen Druck machen, bis hin zum Arbeitskampf, und bei all dem ist die dbb jugend mit ihrer fachlichen Kompetenz und organisatorischen Schlagkraft ein wertvoller Partner an unserer Seite.“ Wer als gewerkschaftlicher Dachverband seine Jugendorganisation und deren Bedürfnisse nicht ernst nehmen und als „protokollarisch notwendigen Laufstall“ abtue, vergehe sich an der Zukunft, warnte der dbb Vize. Insbesondere in Anbetracht der demografischen Entwicklung gehöre der Nachwuchs „in allen Dingen mit ins Boot, um eine generationengerechte Gestaltung der kommenden Herausforderungen zu gewährleisten“.

Sandra Kothe, seit 2009 Vorsitzende der dbb jugend, unterstrich, dass sich die dbb jugend über ihr berufspolitisches Engagement hinaus auch als „gesellschaftspolitische Kraft“ sehe.

„Neben der Jugendarbeit sind beispielsweise Jugend- und Umweltpolitik, Bildung, Europa und Globalisierung feste Themen auf unserer Agenda.“ Auch Weiterbildung und Kommunikation würden großgeschrieben: Regelmäßige Seminare zu jugend- und gewerkschaftspolitischen Themen, aber auch zum persönlichen Training in Sachen Rhetorik oder Auftreten gehören zur Angebotspalette der dbb jugend, ebenso wie internationale Begegnungen, die die dbb jugend schon bis in die Vereinigten Staaten, das Baltikum und nach Osteuropa, Russland und Taiwan geführt haben. Kothe betonte: „Wir feiern 60 Jahre dbb jugend. In der ganzen Zeit war die Nachwuchsgewinnung für den dbb immer wichtig, und wir waren da auch sehr erfolgreich. Das müssen wir auch sein, denn ohne die Jugend hat auch der Erwachsenenverband bald keine Zukunft mehr. Weil die Jungen für die Zukunft so wichtig sind, müssen sie sich auch in den Gremien wiederfinden. Schließlich werden dort Entscheidungen getroffen, die die Zukunft des Verbandes beeinflussen. Wir machen uns dafür stark, dass der dbb sich gemeinsam mit der dbb jugend für Generationengerechtigkeit einsetzt. Notwendige Veränderungen infolge des demografischen Wandels dürfen sich nicht zu Lasten der Jungen auswirken.“

Die dbb jugend ist die Jugendorganisation von dbb beamtenbund und tarifunion und mit mehr als 150.000 Mitgliedern einer der größten Jugendgewerkschaftsverbände in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und bei den privatisierten Dienstleistern wie Bahn und Post im Alter zwischen 16 und 27 Jahren.

(04/40/16)

dbb jugend: Bundesjugendausschuss und Parlamentarischer Abend

(dbb) In Berlin fand vom 20. bis 22. Oktober 2016 der Herbst-Bundesjugendausschuss (BJA) der dbb jugend statt. Neben der Vorbereitung des Bundesjugendtages im Mai 2017, für den es Leit- anträge zu entwickeln und den Ablauf zu planen galt, standen auch Diskussionen über mögliche Satzungsänderungen und die Forderungsfindung für die nächste Einkommensrunde auf der Agenda.



Am Abend des 20. Oktobers hatte die dbb jugend zudem zum politischen Speed-Dating geladen: Beim Parlamentarischen Abend verbrachten Abgeordnete aus dem Deutschen Bundestag jeweils zehn Minuten an einem der Tische mit mehreren Gesprächspartnern der dbb jugend – insgesamt 44 Mitgliedern des Bundesjugendausschusses. Zu den Gästen zählten unter anderem die Vorsitzenden der

Ausschüsse für Inneres sowie Arbeit und Soziales, Ansgar Heveling und Kerstin Griesse, außerdem waren dbb Chef Klaus Dauderstädt und dessen Stellvertreter Astrid Hollmann, Hans-Ulrich Benra, Ulrich Silberbach und Claus Weselsky gekommen. Zentrales Thema der Gespräche war die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. (05/40/16)

Lohngerechtigkeit: Strukturelle Benachteiligung von Frauen endlich anpacken

(dbb) Das geplante Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern ist aus Sicht der dbb bundesfrauenvertretung ein wichtiger Schritt, um geschlechterbedingte Verdienstunterschiede zu beseitigen. „Die aktuelle Debatte hat klar gezeigt, ohne Druck seitens der Politik wird es keine Bewegung in Sachen Lohngerechtigkeit geben. Dass die Bundesregierung sich nun endlich auf ein Eckpunktepapier für das angekündigte Gesetz geeinigt hat, ist ein wichtiges Signal an die Arbeitgeber: So wie heute geht es nicht weiter“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am Rande der Equal-Pay-Day-Fachtagung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin am 19. Oktober 2016.

Die Absicht, über eine gesetzliche Auskunftspflicht mehr Transparenz im Hinblick auf Entgeltregelungen zu schaffen, begrüßte Wildfeuer, gab aber zu bedenken: „Der öffentliche Dienst lehrt uns eines: Transparente Entgeltstrukturen alleine sorgen nicht automatisch für Lohngleichheit. Trotz Tarif- und Besoldungstabellen finden wir im öffentlichen Dienst Verdienstunterschiede von durchschnittlich acht Prozent.“ Vielmehr müssten die seit Lan-

gem bekannten strukturellen Benachteiligungen von Frauen angepackt werden, die zu geschlechterbedingten Lohnunterschieden führen. Dazu gehöre neben der Neubewertung von Tätigkeiten ein diskriminierungsfreies Beurteilungs- und Beförderungssystem, das Beschäftigte mit Familienpflichten und jene, die Teilzeit und Telearbeit nutzten, als Leistungsträgerinnen würdige, forderte die Vorsitzende. (06/40/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg: Altersteilzeit für Schwerbehinderte verlängert

(dbb) Am 19. Oktober 2016 hat sich der dbb mit dem Arbeitgeberverband des öffentlichen Dienstes des Landes Baden-Württemberg (AVdöD Land BW) auf eine Verlängerung der Laufzeit des Tarifvertrages über Altersteilzeit für schwerbehinderte Beschäftigte im Landesdienst (TV ATZ BW) verständigt. Der Tarifvertrag ermöglicht es schwerbehinderten Beschäftigten ab einem Lebensalter von 55 Jahren, ihre Arbeitszeit auf 50 Prozent zu reduzieren und dabei weiterhin ein Entgelt in Höhe von 83 Prozent ihres bisherigen Nettoentgelts zu erhalten. Die Vereinbarung steht bis zum 21. November 2016 unter Erklärungsvorbehalt und soll zum 1. Dezember 2016 in Kraft treten.

„Der TV ATZ BW hat sich bewährt“, sagte Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, der die Verhandlungen führte. „Viele Kolleginnen und Kollegen haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis zu vereinbaren. Es war uns daher besonders wichtig, schwerbehinderten Beschäftigten im Landesdienst in Baden-Württemberg den gleitenden Übergang

in den Ruhestand auch weiterhin zu ermöglichen. Wir begrüßen die erzielte Einigung ausdrücklich.“

Im Zuge der Einigung haben sich beide Seiten darauf verständigt, dass ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis für Tarifbeschäftigte nur dann vereinbart werden kann, sofern die entspre-



chenden Regelungen für vergleichbare Beamte gelten, so dass eine Gleichbehandlung beider Statusgruppen gegeben ist.
(07/40/16)

dbb Hessen: Lebensarbeitszeitkonto erhalten und flexibilisieren

(dbb) Der dbb Hessen hat sich in Gesprächen mit Landespolitikern für die Beibehaltung und Flexibilisierung der Lebensarbeitszeitkonten (LAK) für Landesbeamte stark gemacht. Damit böte Hessen seinen Beamten einen wesentlichen Attraktivitätsfaktor im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft, teilte der dbb Landesbund am 24. Oktober 2016 mit.

Neben der Möglichkeit, den tatsächlichen (nicht rechtlichen) Zeitpunkt des Ruhestandseintritts ein wenig nach vorne zu verschieben, biete ein LAK derzeit vor allem die Gelegenheit, Beruf und Privatleben besser zu vereinbaren. Die angesammelten Guthaben auf dem LAK müssten daher auch künftig jederzeit im Rahmen des dienstlich Vertretbaren und ohne besonderen Verwaltungsaufwand verwendet werden können. Das bisher mitunter noch sehr aufwändige Beantragungs- und Genehmigungsverfahren hingegen solle erheblich vereinfacht werden, forderte der dbb Hessen. Überlegungen zum Einfrieren der Guthaben mit der Maßgabe, sie nur in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ruhestandsversetzung zu verwenden, erteile man dagegen eine klare Absage.

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit dem LAK sei für den dbb Hessen die Wochenarbeitszeit. Mit Einführung der 41-Stunden-Woche zum 1. August 2017 (vorher: 42 Stunden, Anm. d. Red.) würde es wegen der bisherigen Gutschrift der 42. Stunde nicht mehr zu einem Anwachsen der Guthaben auf dem LAK kommen. Das würde mittelfristig dazu führen, dass die Guthaben aufgebraucht und das LAK damit ad absurdum geführt werde. Hinsichtlich der „echten“ Wochenarbeitszeit würde sich auch nichts ändern, so der dbb Hessen, da aus der bisherigen rechnerischen eine tatsächliche 41-Stunden-Woche werde. Um einen Vertrauensverlust zu vermeiden, solle die Landesregierung daher die Gutschrift der 41. Stunde ab dem 1. August regeln.
(08/40/16)

dbb mecklenburg-vorpommern kritisiert Koalitionsvertrag

(dbb) Der zwischen SPD und CDU ausgehandelte Koalitionsvertrag für die nächste Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern geht nach Ansicht des dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht in weiten Teilen an der Realität vorbei. Vielmehr werde dort die schleichende Aushöhlung der Arbeitsfähigkeit des öffentlichen Dienstes manifestiert. „So gewinnt man kein Vertrauen und schafft kein Gefühl von Wertschätzung“, sagte Knecht am 25. Oktober 2016.

Kritik übte der dbb Landesvorsitzende insbesondere an der Fortsetzung des „Gießkannen-Personalkonzepts 2010.“ Bei den unzureichenden Stellenerhöhungen bei der Polizei könne man in Kombination mit den zu erwartenden Krankenständen davon ausgehen, dass in Notfällen künftig bis zum Eintreffen der Polizisten mehr als 21 Minuten vergehen würden. „Ist das die Reaktion auf das stetige steigende Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger des Landes?“, fragte Knecht. Auch den Justiz-Beschäftigten müssten Formulierungen im Koalitionsvertrags bezüglich der „Aufrechterhaltung einer leistungsstarken

und bürgernahen Justiz“ wie ein Hohn vorkommen, nachdem in den letzten Jahren als Konsequenz aus der gegen viele Widerstände durchgesetzten Strukturreform viele Gerichte schließen mussten.

Die Nachwuchsgewinnung für die notwendige Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Landesverwaltung spiele anscheinend nur noch eine untergeordnete Rolle, denn im Koalitionsvertrag der vorherigen Regierung habe man dem „demografischen Wandel“ noch ein eigenes Kapitel gewidmet.
(09/40/16)



DSTG: Dem Staat entgehen Milliarden Euro an Einnahmen

(dbb) Im Interview mit der „Augsburger Allgemeinen“ am 24. Oktober 2016 hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler darauf hingewiesen, dass dem Staat Milliarden Euro an Einnahmen entgehen. Ein Grund dafür seien unter anderem die bestehenden Vollzugsdefizite, die nur mit mehr Personal beseitigt werden könnten. Von 1.000 Kleinunternehmen in Deutschland würden jedes Jahr im Schnitt nur 24 geprüft, machte Eigenthaler deutlich. Seien die Betriebsprüfer einmal im Haus gewesen, dauere es rein rechnerisch 40 Jahre, bis sie wiederkämen. Mit mehr Betriebsprüfern in den Finanzämtern könnten nicht nur diese Prüfungsintervalle reduziert, sondern auch sehr viel gezielter geprüft werden.

Ein weiterer Grund für Einnahmeausfälle sei die fehlende Pflicht für Händler zur Nutzung manipulationssicherer Registrierkassen. Eigenthaler dazu: „Der ehrliche Unternehmer ist der Dumme!“ In Österreich hätten Kunden im Handel und der Gastronomie beispielsweise einen Anspruch auf eine Quittung. Zudem werde mit jedem Beleg ein sogenannter Quellcode erzeugt, mit dessen Hilfe der Umsatz für das Finanzamt registriert werde. Bezüglich des jüngst gefundenen Kompromisses zwischen Bund und Ländern bei der Erbschaftsteuer rechnet Eigenthaler damit, dass angesichts des komplizierter werdenden

Rechts für Unternehmen die Beschäftigten in den Finanzämtern bei der Bearbeitung komplexer Fälle vor allem bei großen Betriebsvermögen vor immense Herausforderungen gestellt werden. Die Erbschaftsteuer abzuschaffen, sei aber der falsche Weg – auch mit Blick auf das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip. Eigenthaler wörtlich: „Nachdem wir schon keine Vermögensteuer mehr haben, ist die Erbschaftsteuer die letzte Steuer, die an der Substanz von Vermögen ansetzt. Auf sie zu verzichten, hielte ich für wirklich problematisch.“
(10/40/16)

„Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ des Bundes: VDStr. fordert Aufklärung

(dbb) Die VDStr.- Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten hat vom Bundesverkehrsminister eine zeitnahe Aufklärung über die Pläne für die „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ des Bundes gefordert. „Die Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse in den Straßenverwaltungen und Landesbetrieben und die Sicherheit des Arbeitsplatzes haben für uns als die Fachgewerkschaft im Straßenwesen die oberste Priorität in den künftigen Strukturen, wie auch immer diese aussehen werden“, teilte die VDStr. am 21. Oktober 2016 mit.

Bund und Länder hatten sich zuvor auf eine Grundgesetzänderung in Bezug auf die Auftragsverwaltung der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs geeinigt. Demnach soll es die genannte Infrastrukturgesellschaft des Bundes geben, um die Investitionen ins Fernstraßennetz zu bündeln. Die Einigung war Teil eines Gesamtpaketes zur Neuregelungen des Bund-Länder-Finanzausgleich einschließlich des Solidarpaktes II. Die Zustimmung zu der Infrastrukturgesellschaft erfolgte gegen einen Beschluss der Verkehrsministerkonferenz, wie die VDStr. bemängelte. Den „Bundesländern die Kompetenzen im Rahmen der Auftragsverwaltung zu nehmen, hätte niemals mit einer politischen Mehrheit umgesetzt werden können, wenn sie jetzt nicht Teil des Verhandlungspaketes zu den Bund-Länder-Finzen gewesen wäre.“

Ferner sehe ich Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zwar vor, dass ein Verbot der Privatisierung von Autobahnen und Bundesstraßen verfassungsrechtlich verankert werden solle. Diese Klausel bedeute jedoch nicht, dass eine Privatisierung der Infrastrukturgesellschaft - oder Teile von dieser – ausgeschlossen seien, stellte die VDStr. fest. Positiv sei hingegen, dass die Interessen der Beschäftigten hinsichtlich Status, Arbeitsplatz und Arbeitsort berücksichtigt und die Personalvertretungen eingebunden bei der Neustrukturierung eingebunden werden sollen. Insgesamt stelle man fest, so die VDStr., dass der Beschluss zur Infrastrukturgesellschaft „sehr unbestimmt ist und viele Interpretationen erlaubt“. Daher wolle man auch vom Bundesverkehrsminister erfahren, mit welchen organisatorischen und personellen Auswirkungen er rechne.
(11/40/16)



GDL: Belastung senken, Zugpersonal stärken – Nachwuchskräfte-Tarifvertrag ist Abschlussvoraussetzung

(dbb) „Statt weiterhin über den Dingen zu schweben, muss die Konzernspitze endlich ihr Wolkenkuckucksheim verlassen und die massiven Sorgen und Nöte der Beschäftigten lösen. Dies aber kann nur auf der Basis unserer Forderungen geschehen. Das Ziel ist eine wirkliche und dauerhafte Belastungssenkung für das Zugpersonal.“ Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, Claus Weselsky, am 24. Oktober 2016 die bislang ablehnende Haltung der Deutschen Bahn (DB) gegenüber den GDL-Forderungen für das Zugpersonal.

Zur Verbesserung der Achtung und Akzeptanz von Lokomotivführern, Zugbegleitern und Gastronomiemitarbeitern fordere die GDL eine gemeinsame Imagekampagne mit der DB. „Die Kampagne dient zum einen der Akquisition neuer Mitarbeiter des Zugpersonals in einem äußerst angespannten Arbeitsmarkt“, so Weselsky. „Sie soll aber auch die vielfältigen Aufgaben und die Verantwortung der dort tätigen Arbeitnehmer betonen und so den Respekt und die Wertschätzung für die jeweiligen Berufe steigern.“

Bei dem Ruf nach einer Imagekampagne handle es nicht um eine normative tarifvertragliche Forderung, wohl aber um ein essenzielles Anliegen der GDL: „Mit der Kampagne soll die vom Arbeitgeber sträflich vernachlässigte Nachwuchsgewinnung verbessert werden“, so Weselsky. „Zugleich wollen wir die Ursache der Einstellungsflaute direkt angehen. Diese

liegt in der schädlichen, von der DB ausgelösten Debatte um autonomes Fahren und die automatische Fahrkartenkontrolle.“

Weselsky forderte die DB zudem auf, sich klar zum Zugpersonal zu bekennen: „Allein mit der Stärkung des Hausrechts wäre viel erreicht. Selbstbewusste Mitarbeiter, die dieses beherrschen und motiviert durchsetzen, wären ein wirkungsvoller Schritt auf dem Weg zu mehr Sicherheit in den Zügen und zur angestrebten Ansehenssteigerung der Berufe des Zugpersonals“, so Weselsky.

Neben verbesserten Arbeitszeitregelungen und einer vierprozentigen Entgelterhöhung erhebe die GDL anlässlich der zweiten Verhandlungsrunde am 25. Oktober 2016 in Frankfurt am Main zudem die Forderung nach einem Nachwuchskräfte-Tarifvertrag. Dessen Tarifierung sei für die GDL eine Abschlussvoraussetzung für die gesamte Tarifrunde.

(12/40/16)

„Horror-Clowns“: DPoIG fordert harte Strafen

(dbb) Derzeit werden aus dem gesamten Bundesgebiet Übergriffe sogenannter "Horror-Clowns" gemeldet. Es geht um Menschen, die mit Clowns-Masken sowie zum Teil mit Waffen bzw. Waffen-Attrappen arglose Passanten erschrecken oder sogar angreifen. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), fordert am 25. Oktober 2016 im ZDF, dass die Täter im Fall von Nötigung, Körperverletzung oder Raubüberfall hart bestraft werden müssten.

Wer Menschen in Todesangst versetze und sogar gewalttätig werde, begehe kein Kavaliersdelikt. Die Polizei werde alles tun, um gerade in der Zeit um Halloween (31. Oktober 2016) präsent zu sein – ob zivil oder in Uni-

form. Die Menschen sollten nicht selbst versuchen auf Clowns loszugehen, sondern im Zweifel die Polizei rufen. (13/40/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Auf der Tarifvollversammlung des **Baye-rischen Beamtenbundes (BBB)** am 18. Oktober 2016 in München wurde der BBB-Tarifaus-schuss gewählt. Neuer Vorsitzender ist Hans-Dieter Schulze (komba), seine Stellvertreter

sind Ewald Fischer (LBB) und Georg Thum-beck (VDStra). Schulze tritt damit die Nach-folge von Klaus Eckl (VDStra) an, der vom BBB-Delegiertentag 2016 als erster Vertreter



des Tarifbereiches in der fast 100-jährigen Geschichte des Bayerischen Beamtenbundes zu einem der fünf stellvertretenden BBB-Vorsitzenden gewählt wurde. Künftig wird Eckl die Arbeit des Tarifausschusses aber als zuständiges Vorstandsmitglied betreuen.

Der BBW-Chef und stellvertretenden dbb Bundesvorsitzende Volker Stich hat bei einem Gespräch mit dem baden-württembergischen Sozialminister Manfred Lucha im Oktober darauf hingewiesen, dass die im Raum stehenden Sparmaßnahmen zu Lasten öffentlich Beschäftigter sich alles andere als positiv auf die Gewinnung vom dringend benötigtem qualifizierten Nachwuchs auswirkte. Es gebe bereits Schwierigkeiten, diesen für die Steuerverwaltung, technische Fachverwaltung, Schulen und allgemeine Verwaltung zu rekrutieren.

Der **dbb berlin** hat am 21. Oktober 2016 darauf hingewiesen, dass durch die Gewährung von zinslosen Darlehen nach den Voraussetzungen der AV Rechtsschutz (Ausführungsvorschriften über Rechtsschutzmaßnahmen in Zivil- und Strafsachen für Bedienstete des Landes Berlin) entstehende Zinsvorteil künftig ebenso wenig versteuert werden müssen wie

der Verzicht auf die Rückzahlung des Darlehens selbst. Diese Darlehen werden von öffentlichen Arbeitgebern gewährt, wenn gegen einen Beschäftigten im Zusammenhang mit einer dienstlichen Tätigkeit ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder Klage erhoben worden ist, um die Kosten der Rechtsverteidigung abzudecken. Auf Anregung des dbb berlin habe die Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen, Margaretha Sudhoff, dieses Anliegen auf Bund-Länder-Ebene vorgebracht und einen entsprechenden Beschluss erwirken können.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ), **Dieter Dewes**, hat im Gespräch mit der innenpolitischen Sprecherin der Grünen in Bundestag, Irene Mihalic, darauf hingewiesen, dass die Übertragung von Aufgaben Zolls auf andere Behörden nicht zielführend sei. Vielmehr sollte die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden intensiviert werden. Mihalic und Dewes stimmten überein, dass der Zoll angesichts der aktuellen Bedrohungslage eine wichtige Säule der Sicherheitsarchitektur darstelle, teilte der BDZ am 24. Oktober 2016 mit.

(14/40/16)